

„Nichts gehört der Vergangenheit an,
alles ist noch Gegenwart und kann
wieder Zukunft werden.“

**Fritz Bauer, 1903-1968,
Generalstaatsanwalt in Hessen**

Bürgerantrag an den Rat der Bundesstadt Bonn

Folgende Personen

Frau Gabriele Büchel	Bochumer Str. 37, 44623 Herne
Herr Prof. Dr. Gregor Büchel	Bochumer Str. 37, 44623 Herne
Herr Christoph Habermann	Wolfstr. 31, 53111 Bonn
Herr Dr. Thomas Kaut	Rurweg 24, 53129 Bonn
Herr Armin Lauven	In der Maar 40, 53175 Bonn
Herr Hartmut Löschcke	Breite Str. 90, 53111 Bonn
Herr Dr. Michael Meier	Rittershausstr. 20, 53113 Bonn
Herr Dr. Michael Paetau	Hausdorffstr. 334, 53129 Bonn
Herr Gerd Pütz	Hausdorffstr. 334, 53129 Bonn
Herr Martin Singe	Stiftsgasse 17a, 53111 Bonn
Frau Marlene Stripecke	Wichernstr. 9, 53129 Bonn

beantragen:

Der Rat der Stadt Bonn beschließt:

- 1. Der Hindenburgplatz und die Hindenburgallee werden umbenannt.**
- 2. Paul von Hindenburg wird aus der Liste der vor 1967 verzeichneten Personen der Ehrenbürgerliste der Stadt Bonn gestrichen.**

Begründung

Aus Worten entstehen Taten

Die Zeit des Zweifels, der Verharmlosung und des Abwiegelns ist vorüber. Niemand kann das, was offensichtlich ist, bestreiten: Der Anschlag auf die Synagoge in Halle, 11 Tote durch einen neonazistischen Anschlag in Hanau, die Ermordung des Kasseler Regierungspräsidenten Walter Lübcke (CDU), die NSU-Morde und die terroristischen rechtsextremen Attentate, die seit den 1990er Jahren etwa 200 Opfer

gefordert haben, sind keine Einzeltaten, sondern auch Chiffren für eine gefährliche politische und ideologische Kontinuität in Deutschland, die lange geleugnet und nicht zur Kenntnis genommen worden ist.

Vergleiche unterschiedlicher historischer Epochen sind immer mit Vorsicht zu genießen. Angesichts einer Situation, in der rechtsextrêmes und völkisches Gedankengut wieder mitten aus der Gesellschaft kommt und im Bundestag und in Landtagen verbreitet wird, ist es jedoch notwendig, an die Worte des Reichskanzlers und Abgeordneten des katholischen Zentrums Joseph Wirth zu erinnern, der nach der Ermordung Walther Rathenaus durch rechtsextrême Fememörder im deutschen Parlament sagte: „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden eines Volkes träufelt. – Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: Dieser Feind steht rechts.“ (Rede im deutschen Reichstag am 25. Juni 1922)

Bonn und Berlin sind nicht Weimar, denn glücklicher Weise besitzt unser Land eine Zivilgesellschaft und eine demokratische Alltagskultur, die ihre stabile Resistenz gegenüber allen Versuchen neofaschistischer Demokratiefeinde, das demokratische Gemeinwesen zu destabilisieren, gerade in den Tagen nach den Ereignissen in Hanau bewiesen hat.

Dennoch: Das Gift rassistischer und menschenverachtender Ideologie hat seine Wirksamkeit nicht verloren und es nutzt heute auch die Kanäle der sozialen Medien, um in die Adern des gesellschaftlichen Organismus zu gelangen.

Warum häufen sich die Fälle neonazistischer Terrors? Die beunruhigende Antwort kann nur sein: Rechte Terroristen sehen sich als militärischer Arm einer diffusen völkischen Bewegung, die mittlerweile auch in deutschen Parlamenten ein Sprachrohr findet.

Worte werden zu Taten. Wenn ständig gehetzt und dazu aufgerufen wird, das deutsche Volk müsse sich wehren gegen demokratische Politiker, die es, wahlweise, ausrotten oder verkaufen oder versklaven wollten, und gegen Ausländer und Juden, die angeblich die Vorherrschaft in Europa anstreben - dann fühlen sich neonazistische Gewalttäter ermuntert, genau das zu tun: sich zu wehren, mit Waffengewalt.

Alle, die Nationalismus, Rassismus und die Diskriminierung von Minderheiten befeuern, und solche Ideologien verbreiten, sollten deshalb wissen: Sie leisten diesem Terror Vorschub.

Das ehrende Andenken Hindenburgs – ein Fall demokratiegefährdender Geschichtsvergessenheit

Eine zentrale Rolle in rechtsextrême Ideologie spielt der Versuch, den Nationalsozialismus, seine Ursachen und seine Folgen zu verharmlosen, als Betriebsunfall der deutschen Geschichte oder als dämonisches Werk einzelner Bösewichte darzustellen.

Da soll die nationalsozialistische Schreckensherrschaft mit ihren Millionen Toten nur noch ein "Vogelschiss" der erfolgreichen deutschen Geschichte gewesen sein.

Da ist vom "Denkmal der Schande" die Rede, wenn es um das Mahnmal für die Toten des Holocaust in Berlin geht. Wer so redet, dem geht es um nichts weniger als um die Revision eines antifaschistischen Geschichtsbildes.

Unsere Gesellschaft soll aus der Geschichte nicht mehr lernen, sondern sie verdrängen und vergessen. Vergessen werden soll auch der Beitrag der vielen Wegbereiter des Nationalsozialismus, ohne die der Aufstieg der NSDAP nicht möglich gewesen wäre. Ohne dieses Vergessen kann die Wiederbelebung der Naziideologie nicht funktionieren, keinen Zuspruch finden.

Es bleibt dabei: Wer aus der Geschichte nichts lernt, ist gezwungen, sie zu wiederholen. Das ehrende Andenken der Person Hindenburg ist ein Fall von demokratiegefährdender Geschichtsvergessenheit. Die Benennung von Straßen und Plätzen nach dem Reichspräsidenten, der Hitler zum Kanzler ernannte, ist nicht nur eine Ehrung dieser Person, sondern transportiert eine symbolische Botschaft, die denjenigen Mut macht, die endlich Schluss machen wollen mit dem „deutschen Schuldkomplex“.

Es ist deshalb kein Zufall, dass sich vor allem die NPD gegen die Umbenennung von (nach Hindenburg benannten) Straßen und Plätzen in deutschen Städten engagiert. „Für uns Nationaldemokraten ist nicht nachvollziehbar, warum überhaupt nach so vielen Jahren Straßen umbenannt werden sollen, an deren Bezeichnung sich seit Jahrzehnten keiner störte. Neben einem verwaltungstechnischen Aufwand ist eine solche Umbenennung auch immer mit hohen Kosten für die Stadt verbunden. (...)“ schreibt z.B. Jörn Lemke, stellvertretender Vorsitzender der NPD Niedersachsen in einem rechten Lokalblättchen.

In der aktuellen Debatte über die Hintergründe der Eskalation rechter Gewalt und wachsenden Rechts-Terrorismus wird zurecht die Frage nach dem ideologischen Nährboden rechtsextremer Gewaltbereitschaft gestellt. Ohne Zweifel ist eine Traditionspflege, die in der Benennung von Straßen nach dem Wegbereiter des deutschen Faschismus, Hindenburg, zum Ausdruck kommt, guter Dünger für den braunen Pflanzenwuchs und nachhaltiger Ausdruck für die Fruchtbarkeit „des Schoßes, aus dem das kroch“.

Folgende Beispiele, die nur einen Bruchteil der historisch zugänglichen Fakten repräsentieren, mögen dies belegen:

- Als Militarist hatte Hindenburg die Eskalation der Kriegshandlungen im ersten Weltkrieg maßgeblich zu verantworten, Millionen von Soldaten in sinnlose Schlachten getrieben und mit der Propagierung des unbegrenzten U-Bootkrieges seine Skrupellosigkeit gegenüber zivilen Opfern demonstriert. Seine Gesinnung kommt in den Worten zum Ausdruck:

„Der Krieg bekommt mir wie eine Badekur.“

„Die Zähne zusammengebissen! Kein Wort mehr vom Frieden, bis die blutige Arbeit vollendet und der Sieg unser ist.“

- Hindenburg kann als erster völkisch-reaktionärer „Influencer“ und „Spin Doctor“ bezeichnet werden. Er erfand 1919 vor dem „Untersuchungsausschuss für die Schuldfrage des Weltkrieges“ die berüchtigte „Dolchstoßthese“, nach der das deutsche Heer „im Felde unbesiegt“ gewesen sei und von Verrätern im Inneren des Reiches (Linke und bürgerliche Demokraten) von hinten erdolcht worden sei. Dreist unterschlug Hindenburg, dass das deutsche Waffenstillstandersuchen ausschließlich auf das hastige Drängen der Obersten Heeresleitung unter seiner Führung zustande gekommen war, dass die Lage für das deutsche Heer schon 1917 militärisch aussichtslos war und dass er den Vertretern demokratischer Parteien die Annahme des Versailler Vertrags überlassen hatte. Die „Dolchstoßlegende“ ist ein frühes Beispiel für Fake News, und die Nazis haben diese Lüge dankend in ihr propagandistisches Repertoire gegen das „System von Weimar“ übernommen.
- Hindenburg hat als Wegbereiter des Nationalsozialismus nicht nur Hitler, dessen Partei keine Mehrheit im Reichstag hatte, zum Kanzler gemacht, sondern schon im Vorfeld der Machtübertragung den Prozess der demokratischen Willensbildung durch Notverordnungen außer Kraft gesetzt. Von 1930 bis 1932 ersetzte diktatorisches Regieren unter Missbrauch von Art. 48 der Weimarer Verfassung die parlamentarische Gesetzgebung. So wurde der Übergang vom bürgerlichen Rechtsstaat zur faschistischen Diktatur systematisch geebnet. Am 14. Juni 1932 hob Hindenburg das Verbot von SS und SA auf und gab der NSDAP damit das Instrument zurück, mit dem sie durch Terror und Einschüchterung den Weg zur Diktatur weiter gehen konnte.
- Ein wesentliches Motiv Hindenburgs für die Ernennung Hitlers zum Kanzler war durchaus von Egoismus geprägt: Hitler hatte ihm versprochen, als Kanzler den Untersuchungsausschuss des Reichstags über den sogenannten „Osthilfe-Skandal“ aufzulösen. Die Osthilfe beinhaltete als größtes Subventionsprogramm der Weimarer Republik erhebliche Zuwendungen für die preußischen Großagrarier, die auf Basis dieses Programms mit dubiosen Bewilligungsbescheiden und betrügerischen Tricks enorme Summen an Staatsgeldern kassierten. Hindenburg, der selbst aus diesen Kreisen stammte, unterstützte das Programm und ließ sich von den Lobbyisten der Großagrarier einige hunderttausend Reichsmark schenken, um sein hochverschuldetes Familiengut Neudeck zu sanieren.¹
- Hindenburg hat als Stabilisator der Nazidiktatur alle Gesetze und Verordnungen, die die Nazis durch Repression und Manipulation durch den Reichstag peitschten und mit denen die Republik demontiert wurde, als Reichspräsident legitimiert. Er ließ zu keiner Zeit einen Zweifel daran, dass Hitler „sein Kanzler“ war:

„Mein Kanzler Adolf Hitler und seine Bewegung haben zu dem großen Ziele, das deutsche Volk über alle Standes- und Klassenunterschiede zu innerer

¹ Siehe : <https://www.fr.de/kultur/literatur/eine-mischung-korruption-hintertreppe-guenstlingswirtschaft-13635262.html>

Einheit zusammenzuführen, einen Schritt von historischer Tragweite getan...Ich scheide von meinem deutschen Volk in der festen Hoffnung, dass das, was ich im Jahre 1919 ersehnte und was in langsamer Reife zu dem 30. Januar 1933 führte, zu voller Erfüllung und Vollendung der geschichtlichen Sendung unseres Volkes führen wird.“

Schon im Jahre 1947 wies der Innenminister von NRW - mit Bezug auf einen Beschluss des Alliierten Kontrollrats - darauf hin, „dass Hindenburg die Machtübernahme und Herrschaft der Nationalsozialisten durch die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler und die Bestätigung des Ermächtigungsgesetzes als Verfassungsbruch befördert habe. Als Fehlverhalten wurden die stillschweigende Billigung des mörderischen Vorgehens der Nationalsozialisten in der Angelegenheit des angeblichen "Röhm-Putsches" sowie die Billigung der Aufrüstung aufgeführt.“²

Als Ergebnis seiner Erwägungen und der Kontrollratsgesetzgebung machte der Innenminister ganz deutlich, wie in der Frage der Umbenennung von Hindenburgstraßen und -plätzen zu verfahren sei: ***"Die Beibehaltung der Straßen-, Platz- und Schulbezeichnungen mit dem Namen Hindenburg ist daher mit den wiedergegebenen Bestimmungen des Kontrollratsgesetzes nicht zu vereinbaren."***³

Politisches Handeln ist **jetzt** gefragt

Die Eindeutigkeit der historischen Quellen hat eine wachsende Zahl von Städten und Gemeinden in Deutschland dazu bewogen, sich von dem Makel eines ehrenden Andenkens an Hindenburg zu befreien und Straßen oder Plätzen, die nach ihm benannt waren, neue Namen zu geben. Als Beispiele seien Münster, Freiburg, Hamburg, Lübeck und Berlin – neben vielen anderen – genannt. Der Münsteraner Oberbürgermeister und spätere Präsident des Deutschen Städtetags Markus Lewe (CDU) begründete diesen Schritt in seiner Rede im Münsteraner Rat a, 2. März 2012 so:

„Das bisherige Namenspatronat Hindenburgs ist nach Auffassung der vom Rat eingesetzten Kommission angesichts jüngerer wissenschaftlicher Erkenntnisse und eines dadurch veränderten Geschichtsbildes nicht mehr haltbar. Hindenburg wollte hinter die Demokratie von Weimar zurück und die freiheitliche Ordnung bewusst in eine autoritär-obrigkeitliche umwandeln. Das hat er geschafft, und das Verhängnis nahm seinen Lauf bis zum völligen Kultur- und Zivilisationsbruch. Deshalb verdient Hindenburg in unserer Stadt nicht mehr die Ehre eines Straßennamens.“

Das zeigt: Es geht nicht um die Ablehnung historischer Traditionen, sondern – im Gegenteil – darum, einer historischen Persönlichkeit den Platz zuzuweisen, den sie im Rahmen eines reflektierten Geschichtsbildes und demokratischer Traditionsbildung verdient hat.

Hindenburg war eine der unheilvollen Brückenfiguren im Übergang der Weimarer Republik zur nationalsozialistischen Diktatur. Bonn als deutsche Stadt der Vereinten

² https://www.muenster.de/stadt/strassennamen/hindenburg_umbenennungsversuch1946.htm

³ ebenda

Nationen, als Sitz vieler nationaler und internationaler Organisationen, mit dem Anspruch, weltoffen zu sein, darf einem solchen Mann nicht länger ein ehrendes Andenken widmen. Das ist ein Gebot der Selbstachtung, dient aber auch dem internationalen Ansehen unserer Stadt.

Die schrecklichen Ereignisse der jüngsten Tage und Wochen haben die demokratische Öffentlichkeit in erfreulicher Weise mobilisiert. Viele sagen laut und unmissverständlich: „Das Maß ist voll! Wir stehen auf gegen rechten Terror, Rassismus und Menschenverachtung. Kein Fußbreit den Neonazis und Demokratiefeinden, das heißt auch: Kein Fußbreit für ihre geistigen Wegbereiter.“ Wenn rechtsextreme Gesinnungstäter den Worten Taten folgen lassen, dann müssen auch den Worten demokratischer Politikerinnen und Politiker, die den braunen Sumpf auch auf ideologischer Ebene bekämpfen wollen, Taten folgen.

In unserer Stadt Bonn hat es viele Frauen und Männer gegeben, die aufgrund ihres Widerstands gegen den Nationalsozialismus oder ihres demokratischen und friedenspolitischen Engagements eine Ehrung durch die Benennung einer Straße oder eines Platzes mit ihrem Namen verdient haben.

In diesem Sinne erwarten wir, dass der Rat der Bundesstadt Bonn beschließt, der Hindenburgallee und dem Hindenburgplatz neue Namen zu geben und Paul von Hindenburg in aller Form die Ehrenbürgerwürde abzuerkennen.

Diesem Antrag ist eine Unterschriftenliste mit den Originalunterschriften aller oben genannten Antragsteller beigelegt.